A16 (Ä1-5) Für ein Land, das funktioniert und bezahlbar ist.

Antragsteller*in:	Rasmus Andresen (KV Flensburg)
Tagesordnungspunkt:	4. Anträge

Antragstext

Die Bundesrepublik steht vor sehr großen Herausforderungen. Die Klimakrise und das Artensterben, Kriege in unserer Nachbarschaft und wirtschaftliche Unsicherheit prägen unsere Zeit. Wir Grüne übernehmen in diesen schwierigen Zeiten Verantwortung für unser Land. Vor Ort, in Berlin und in Brüssel.

Unser Ziel ist, die Bundesrepublik und Europa zu einem Ort zu machen, der für alle funktioniert. Heute und Morgen. Der Schlüssel dafür liegt u.a. in einer Finanzpolitik, die die Alltagssorgen der Menschen in den Mittelpunkt rückt. Die Mehrheit der Menschen in unserem Land hat in den vergangenen Jahren unter Reallohnverlusten, steigende Mieten, teurer werdende Lebensmittel und schlechter werdende öffentliche Infrastruktur gelitten. Auf der anderen Seite besitzt eine kleine Gruppe an Superreichen fast 50% des Gesamtvermögens in der Bundesrepublik.

Unser Grünes Ziel ist es, politische Antworten auf die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft zu formulieren. Mit dem Deutschlandticket, der Mindestlohnerhöhung oder der Gaspreisbremse haben wir Grüne in den verganenen Jahren immer wieder konkrete Verbesserungen durchgesetzt.

Wir Grüne treten für einen Ausbau öffentlicher Infrastruktur, Zugang zu guter Gesundheit, bezahlbares Wohnen und für höhere Löhne ein. Wir rücken soziale Politik in den Mittelpunkt.

Investitionspaket.

Im Einklang u.a. mit dem BDI, der einen gesamtstaatlichen Investitionsbedarf von rund 400 Mrd. Euro öffentlichen Investitionen Euro diagnostiziert, schlagen wir ein Investitionspaket für gute Infrastruktur vor und reformieren dafür die Schuldenbremse. Im Land setzen wir mit dem IMPULS Programm seit Jahren erfolgreich Akzente und modernisieren unsere Infrastruktur, jetzt muss der Bund nachziehen. Öffentliche Investitionen in Krankenhäuser, bezahlbares Wohnen, Schulen, die Energiewende und unser Schienennetz haben für uns eine hohe Priorität.

Gute Löhne.

Wer arbeitet muss davon leben und fürs Alter vorsorgen können. Gerade als schleswig-holsteinische Grüne wissen wir wie wichtig Lohngerechtigkeit ist. Schleswig-Holstein ist westdeutscher Lohnkeller. Deshalb kämpfen wir für ein starkes Tariftreuegesetz, einen Mindestlohn von 16 Euro und die Kopplung von Fördermitteln an Unternehmen mit Tarifbindung.

Klimageld einführen.

Um soziale Schieflagen in der Klimapolitik durch höhere CO2 Preise zu vermeiden, wollen wir die Erhöhung des CO2 Preises an die Einführung eines Klimagelds koppeln. Wir brauchen höhere CO2 Preise als effizientes Instrument für die Klimapolitik, die Lasten müssen sozial aber fair verteilt werden.

Bezahlbare Mieten.

Wir schaffen einen bundesweiten Mietendeckel, investieren deutlich stärker in bezahlbares Wohnen und begrenzen die Renditeausschüttung der großen Wohnkonzerne mit einem Renditedeckel.

Bürger*innenversicherung für Gesundheit und Pflege.

Aktuell haben wir eine Zwei-Klassen-Medizin für privat und gesetzlich Versicherte. Unser Ziel ist eine solidarisch finanzierte Bürger*innenversicherung, in der jede*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt, die er*sie braucht.

Bund-Länder-Pakt „mentale Gesundheit".

Wir schlagen einen Bund-Länder-Pakt für mentale Gesundheit vor. Alle jungen Menschen sollen das Recht und die Möglichkeit bekommen, sich psychologisch beraten zu lassen. Therapieplätze, Beratungsstrukturen und die Ausbildung von Fachpersonal müssen stark ausgebaut werden. Auch in der Schule muss das Thema „mentale Gesundheit" im Curriculum berücksichtigt werden .

Superreiche stärker besteuern.

Verteilungsungleichheit schadet unserer Demokratie. Wir setzen uns deshalb für eine Vermögenssteuer für Superreiche sowie eine Reform der Erbschaftssteuer ein. Sehr hohe Vermögen bzw. Erbschaften sollten stärker besteuert werden.

Steuerschlupflöcher dichtmachen, Cum-Cum- und Cum-Ex-Gelder zurückholen.

Durch Steuerbetrug und missbräuchliche Steuergestaltungen gehen der öffentlichen Hand jährlich Milliarden Euro verloren. Die steuer- und strafrechtliche Aufarbeitung muss konsequent, umfassend und zügig vorangetrieben werden, wobei der Bund in der Verantwortung steht, die Länder dabei besser zu unterstützen und die Länder die Gelder konsequenter zurückfordern müssen. Bei der Rückforderung der angerechneten Kapitalertragsteuer (Cum Cum und Cum Ex-Betrug) liegen zum Teil noch eklatante Versäumnisse vor – da ist es auf Bundesebene zu prüfen, wie eine bessere Rückholung der Steuergelder ermöglicht werden kann. Die Steuerfahndung muss bedarfsgerecht ausgebaut und die Steuerschlupflöcher müssen konsequent geschlossen werden. Es darf keine "rechtsfreien Räume" für die Finanzbetrüger geben - auch und gerade, wenn diese wie beim Cum Cum und Cum Ex-Betrug sehr vermögend und einflussreich sind.

Funktionsfähige Kommunen: Altschuldenfonds für Kommunen.

Unsere Kommunen brauchen Luft zu Atmen. Deshalb schlagen wir für hoch verschuldete Kommunen einen Altschuldenfonds vor, der den Kommunen die Perspektive gibt finanzpolitisch handlungsfähig zu werden.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Bruno Hönel (KV Lübeck); Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Tobias Lentz (KV Flensburg); Freydis Mende (KV Flensburg); Alexandra Königshausen (KV Flensburg); Conny Clausen (KV Flensburg); Steffen Regis (KV Kiel); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Sönke Marxen (KV Flensburg); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Lukas Unger (KV Pinneberg); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Leon Bossen (KV Flensburg); Iris Brückner (KV Schleswig-Flensburg); Ellen Kittel (KV Flensburg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Michael Brandtner (KV Kiel); Frederic Meyer (KV Kiel); Johanna Schierloh (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Jan Kürschner (KV Kiel); Zoé Engel (KV Kiel); Denise Kreissl (KV Segeberg); Torge Schmidt (KV Rendsburg-Eckernförde); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Jessica Leutert (KV Kiel); Lukas Reithofer (KV Kiel); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Jannes Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Luca Brunsch (KV Kiel); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Tobias Preß (KV Lübeck); Mandy Siegenbrink (KV Lübeck); Britta Klingspor (KV Ostholstein); Jacqueline Kühl (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Britta Baar (KV Dithmarschen); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Klaudia Schumann (KV Schleswig-Flensburg); Nadine Mai (KV Pinneberg); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Maik-Torben Kristen (KV Kiel); Vincent Schlotfeldt (KV Plön); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Alexander Gelter-Grimmelsmann (KV Neumünster); Askan Grimmelsmann (KV Neumünster); Jürgen Becker (KV Schleswig-Flensburg); Achim Jansen (KV Segeberg); Dirk Kock-Rohwer (KV Plön); Jasper Balke (KV Lübeck); Florian Juhl (KV Pinneberg); Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein); Max Hansen (KV Herzogtum Lauenburg); Ina Kietzmann (KV Nordfriesland); Ly Schoenmakers (KV Schleswig-Flensburg)